

Mitmachen

Ich möchte andere Menschen über Attac informieren. Bitte schickt mir ___ Exemplare dieses Energiekonzerne-Faltblatts.

Bitte schickt mir ___ Exemplare der Attac-Selbstdarstellung.

Ich möchte mehr über Attac wissen.

Bitte schickt mir weiteres Informationsmaterial.

Bitte nehmt mich in den Attac-Infoverteiler auf.

Bitte nehmt mich in den Attac-E-Mail-Verteiler auf. (ca. eine Mail in 14 Tagen)

Fly0803-I

Name: _____
Straße: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____
Fax: _____
E-Mail: _____

Absender

**Attac Bundesbüro
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M.**

Oder beide Seiten per Fax: 069-900281-99

Power to the People – Den Stromkonzernen den Stecker ziehen!



www.attac.de/energiekonzerne

► Für eine demokratische, konzernfreie, ökologische und soziale Energieversorgung!

Wenn die Finanzmärkte so etwas wie das Gehirn der neo-liberalen Globalisierung bilden, dann sind die großen Energiekonzerne ihr Rückgrat. Sie liefern die Energie für die globale Logistik und das enorme Produktions- und Konsumniveau in den reichen Regionen der Welt. Das Energiesystem funktioniert weltweit nirgendwo konsequent nach sozial und ökologischen Kriterien. Das ist keine Neuigkeit – aber die Lage spitzt sich zu. Proteste gegen Energiepreise und der Klimawandel zeigen es an: Das Energiesystem steckt in der Krise. Zeit, umzuschalten. Zeit, den Stromkonzernen den Stecker zu ziehen!

► Energie Markt Macht

Der Strommarkt in der Bundesrepublik wird von vier Konzernen dominiert: Eon, RWE, Vattenfall und EnBW kontrollieren etwa 80 Prozent der Stromproduktion. Das komplette Hochspannungsnetz ist unter ihrer Kontrolle. Gleichzeitig gehören sie zu den zehn führenden Stromkonzernen Europas. Diese Stellung nutzen sie, um ein Rekordergebnis nach dem anderen zu erzielen: Allein der Branchenprimus Eon steigerte 2007 seinen Umsatz um 21 Prozent auf 67,8 Mrd. Euro. Sein Gewinn wuchs im Vergleich zum Vorjahr um 9 Prozent auf 5,12 Mrd. Euro. RWE erzielte 2006 eine Eigenkapitalrendite von 31 Prozent. Nicht nur auf dem Markt, auf der politischen Bühne spielen die Konzerne die erste Geige. Mit staatlichen Behörden und Parteien sind sie gut vernetzt. So arbeitete die stellvertretende Leiterin des Eon-Hauptstadtbüros 2007 direkt im Planungsstab des Außenministeriums mit. Lang

ist die Liste der Politiker, die wie Wolfgang Clement (SPD/RWE), Rezzo Schlauch (Grüne/EnBW) oder Gerhard Schröder (SPD/Evonik u. Gazprom) die Drehtür zwischen Politik und Konzernen nutzen. Auf regelmäßig stattfindenden Energiegipfeln kuschelt die Kanzlerin mit den Konzerchefs.

► Blackout für Arme

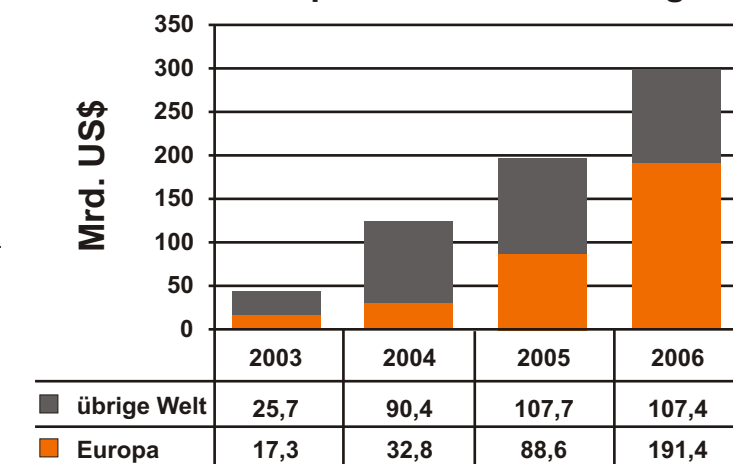
Die Höhe der Energiekosten ist eine soziale Frage. Schlag auf Schlag erhöhen die Konzerne zur Zeit die Strompreise, in den letzten sechs Jahren um insgesamt 50 Prozent. Bundesweit werden jährlich etwa 840.000 Haushalte von Strom oder Gas abgeklemmt, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Für immer mehr Haushalte sind die Strompreise eine schwere Belastung. Während die Ausgaben für Heizung und Strom bei dem ärmsten Zehntel der Bevölkerung durchschnittlich 8,4 Prozent des verfügbaren Nettoeinkommens ausmachen, liegen sie für das reichste Zehntel lediglich bei 2,8 Prozent. Sozial-Tarife können Abhilfe schaffen, wenn sie einen sehr geringen Preis für den Grundverbrauch ansetzen, dann aber mit steigenden Preisen pro Kilowattstunde bei höherem Verbrauch zum Energiesparen Anreiz geben. Nach Schätzungen der Internationalen Energieagentur haben im weltweit 1,6 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Elektrizität. Dabei ist Energie ein globales soziales Recht! Aber statt z. B. über eine Zusammenarbeit öffentlicher Unternehmen die Energiearmut anzugehen, dient der Süden oft lediglich als Ressourcenquelle der Global Player. Acht Prozent der Steinkohle, die in der Bundesrepublik zu Strom gemacht wird, kommt z.B. aus

Kolumbien. Miese Löhne und schlechter Gesundheitsschutz gehören ebenso zum Abbau wie die Vertreibungen indigener Gemeinschaften.

► Stromkonzerne killen Klima

Der Klimawandel ist Realität – gerade im Süden zerstören Stürme und steigende Meeresspiegel und Hungerkatastrophen Existenzen und treiben Menschen in die Flucht. Die ökologische Prekarisierung nimmt zu. Aber Eon, RWE, Vattenfall und EnBW setzen weiterhin auf fossile Energien. In Deutschland planen und bauen sie derzeit ca. 20 neue Kohlekraftwerke – mehr als in jedem anderen europäischen Land. Dabei ist Kohlekraft die klimaschädlichste Art, Strom zu produzieren. Ein einmal gebautes Kraftwerk ist 50 Jahre in Betrieb und zementiert Deutschlands übermäßigen CO₂-Ausstoß auf Generation hinaus. Um Umwelt- und Klimagerechtigkeit zu erreichen, muss in Ländern wie Deutschland der Energieverbrauch massiv gesenkt werden, mittels Atom- und den Kohleausstieg. Statt dessen nutzen die Konzerne den Klimawandel als Vorwand, um ihre hochriskanten Atomkraftwerke weiter laufen zu lassen. Vattenfall vertuschte 2007 zahlreiche ernste Sicherheitsprobleme im AKW Krümmel. Kein Wunder, denn jeder Monat, den ein abgeschriebenes Kraftwerk länger am Netz bleibt, spült weitere Millionen in die Kassen der Konzerne.

Fusionen und Aquisitionen bei Versorgern



► Auf dem Weg zu Global Playern

Das Machtmonopol auf dem Strommarkt ist politisch gewollt. Es ist das Ergebnis der Energiepolitik der europäischen Regierungen und der EU-Kommission. Die EU-weite Liberalisierung des Strom- und Gasmarktes machte den beispiellosen Konzentrationsprozess überhaupt erst möglich. Allein im Jahre 2006 wurden ca. 191 Milliarden US-Dollar für Fusionen und Akquisitionen aufgewendet. In regelrechten Übernahmeschlachten kämpfen die Konzerne um die Vorherrschaft auf dem europäischen Strommarkt. Übrig bleiben wird eine Handvoll Konzerne, die Europas Stellung auf dem Weltmarkt sichern sollen. Um



Szenen aus dem Dokumentarfilm *Der große Ausverkauf* – www.dergrosseausverkauf.de



die Energieriesen weiter zu füttern, forderte Eon-Chef Bernotat im März 2008 daher die „weitere konsequente Privatisierung in Europa“. Was Privatisierung heißt, erfuhren die Beschäftigten der Berliner Bewag, heute Vattenfall: Seit dem Verkauf des öffentlichen Unternehmens Ende der 90er wurden etwa 50 Prozent der Arbeitsplätze abgebaut. Die EU hilft bei der Expansion fleißig mit: Mit einer aggressiven Liberalisierungspolitik gegenüber europäischen Nachbarstaaten erschließt die Kommission neue Märkte für die Konzerne und setzt ihre geopolitischen Ziele zur Sicherung fossiler

Rohstoffquellen durch. Ein wichtiges Instrument ist die von EU-Energiekommissar Andris Piebalgs ausgehandelte „Energiegemeinschaft“ – neben den EU-Staaten gehören ihr auch z. B. Rumänien und Serbien an. Weitere Beitrittsverhandlungen laufen derzeit mit der Türkei der und Ukraine. Auch Nordafrika wird in den Fokus genommen. Und Eon plant bald ein Büro in Nigeria zu eröffnen. Zur Finanzierung ihrer Expansion brauchen die Konzerne pralle Kriegskassen; gefüllt durch Milliarden Euro, die sie den heimischen Stromkunden mit überhöhten Strompreisen aus der Tasche ziehen; Milliarden Euro, die

für den Aufbau einer ökologischen Stromwirtschaft fehlen.

► Die Stromnetze demokratisch kontrollieren

Seit einiger Zeit ist die EU-Kommission bestrebt, die Trennung von Stromproduktion und Übertragungsnetzen – auch Entflechtung oder „unbundling“ genannt – durchzusetzen. Die Begründung: Es entstünde mehr Wettbewerb, der zu niedrigeren Preisen führen würde. Das entspricht zwar dem neoliberalen Denkmuster, hat aber mit den tatsächlichen Folgen nichts zu tun. Im Gegenteil: Die Entflechtung ist ein weiterer Hebel für die Kommission, EU-weite Konzentrationsprozesse zur Entstehung europäischer Global Player zu beschleunigen. Sinkende Preise sind nicht zu erwarten. Gegen die Trennung wendet sich im übrigen die Bundesregierung. Sie sieht „ihre“ Großkonzerne – Eon und RWE – dadurch beeinträchtigt. Eon allerdings hat inzwischen angekündigt sich von seinen Netzen trennen zu wollen. Anstatt die Netze nun an Finanzinvestoren zu verkaufen oder weiter in Konzernhand zu belassen, fordert Attac ihre Überführung in die öffentliche Hand und ihre demokratische Kontrolle.

► Energiedemokratie statt Profite für Private

Eine soziale und ökologische Stromversorgung braucht demokratische Kontrolle. Denkbar sind z. B. (privatrechtlich organisierte) Genossenschaften, demokratisierte öffentliche Unternehmen (z.B. kommunale Stadtwerke) u.v.m.: zentral ist, dass die BürgerInnen vor Ort über die Form der Energieversorgung unmittelbar entscheiden. Demokratische Kontrolle kann auf verschiedenen Wegen durchgesetzt werden, z. B. indem die Bundesregierung die Konzerne auf Basis des Art. 15 des Grundgesetzes vergesellschaftet, oder indem die Bürgerinnen durch lokale Bürgerbegehren den Rückkauf ihrer Stadtwerke durchsetzen. Rechtlich ist eine Überführung der vier Stromriesen in die öffentliche Hand und ihre Zerlegung in viele kleinere Einheiten möglich. Voraussetzung dafür ist massiver öffentlicher Druck.

Ein Beispiel für lokale Demokratisierung ist der Stromversorger der kalifornischen Hauptstadt Sacramento, SMUD (www.smud.org), der mit Hilfe eines

Bürgerbegehrens in die öffentliche Hand überführt wurde und nun seinen über 500.000 KundInnen gehört. Jede in SMUDs Versorgungsgebiet wohnende und als WählerIn registrierte Person kann an den Wahlen des Vorstands (*Board of Directors*) teilnehmen. Der Vorstandsmitglieder repräsentieren jeweils einen der sieben Wahlbezirke. Es ist kein Zufall, dass SMUD eine der höchsten Quoten erneuerbarer Energien hat, regelmäßig unter die kundenfreundlichsten Versorger in den USA gewählt wird

Den Stromkonzernen den Stecker ziehen!

Die gegenwärtige Stromwirtschaft ist ein ökologisches und soziales Desaster. Attac fordert deshalb eine konzernfreie und demokratische Stromwirtschaft. Wir wollen die vier großen Konzerne enteignen, zerlegen, und sie in viele kleine Einheiten überführen, die demokratisch kontrollierbar sind. Die Bildung großer Staatskonzerne ist dabei kein gangbarer Weg – das zeigen der schwedische Staatskonzern Vattenfall und die französische EDF. Stadtwerke müssen rekommunalisiert und direkt-demokratisch restrukturiert werden. Wir fordern den völligen Ausstieg aus der Kohle, den sofortigen Atomausstieg und eine soziale Grundversorgung auf der Basis von 100 Prozent erneuerbarer Energie.



Wer oder was ist Attac?

Attac ist ein breites gesellschaftliches Bündnis, das sich den Sachzwängen der Globalisierung widersetzt. Ausgehend von Frankreich haben sich inzwischen in über 30 Ländern Menschen und Organisationen aus der Umwelt-, Friedens- und internationalen Solidaritätsbewegung zu Attac zusammengeschlossen. Antikapitalisten, kirchliche Kräfte, Gewerkschaften und nicht organisierte Einzelpersonen sind ebenso dabei. Allein in Deutschland machen schon fast 20.000 Menschen mit. Attac richtet sich an alle, die nicht länger ohnmächtig zusehen wollen, wie Politik und Wirtschaft die Zukunft der Welt verspielen und sich gemeinsam Gedanken über Auswege aus weltweiten und lokalen Problemen machen wollen. Dabei steht Attac für vielfältige und kreative Aktionsformen: von Informationsvermittlung in Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen bis zum Protest bei internationalen Gipfeln oder spektakulären Aktionen des zivilen Ungehorsams. Innerhalb von Attac gibt es zahlreiche Lokalgruppen und bundesweite Arbeitszusammenhänge, die sich mit den unterschiedlichsten Aspekten der Globalisierung beschäftigen. Zum Thema „Energie“ arbeiten viele Attac-Gruppen vor Ort, und auf bundesweiter Ebene die Attac-Stromkonzernkampagne „Power to the People!“ (www.attac.de/energiekonzerne). Auf der Webseite der Arbeitsgruppe finden sich viele weitere Informationen zum Thema sowie Kontaktadressen für Menschen, die sich gern in der Kampagne engagieren möchten.

**Attac, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.
Tel.: 069-900 281-10, Fax: -99, info@attac.de, www.attac.de**

Attac stärken – Mitglied werden!

Mitgliedschaft / Spenden

- Ja, ich möchte Mitglied bei Attac werden (Adresse bitte auf der Rückseite eintragen!)
- Ich erkläre mich damit einverstanden, dass Attac jährlich / monatlich meinen Mitgliedsbeitrag* in Höhe von jeweils ___€ von meinem Konto abbucht. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich überweise meinen Mitgliedsbeitrag* von ___ € jährlich/monatlich auf das Konto von Attac. (Unzutreffendes bitte streichen!)
- Ich möchte Attac mit einer Spende unterstützen. Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig/monatlich/jährlich _____€ von meinem Konto einzieht. (Unzutreffendes bitte streichen!)

KontoinhaberIn: _____

Konto-Nr.: _____

Bank: _____

BLZ: _____

Datum/Unterschrift: _____

* Richtwert für den Beitrag sind 5 € im Monat. Nach Selbsteinschätzung freuen wir uns jedoch, wenn der Beitrag höher liegt. Der Mindestbeitrag beträgt 15 € im Jahr (Ausnahmen sind natürlich möglich). Die Teilnahme am Lastschriftverfahren spart uns viel Zeit und Geld, deshalb bitten wir darum, uns eine Einzugsermächtigung zu erteilen. Sie ist jederzeit widerrufbar.

Spendenkonto Attac Deutschland:
Attac Trägerverein e.V., Konto-Nr. 800 100 800
GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67
Spenden sind steuerlich absetzbar!